

# Die Wahlerfolge der politischen Linken in Lateinamerika

Michael Krennerich



Michael Krennerich

### Lateinamerika im Linkstrend

Die politische Linke steht bei den Wählerinnen und Wählern in Lateinamerika gegenwärtig hoch im Kurs. In zahlreichen Ländern wurden bei den jüngsten Wahlen Linksregierungen bestätigt oder ins Amt gewählt. Im Dezember 2005 setzte sich Evo Morales mit Hilfe der „Bewegung zum Sozialismus“ im ersten Wahlgang der bolivianischen Präsidentschaftswahl gegen seinen bürgerlichen Rivalen durch. Der ehemalige Anführer der Kokabauern, der einer bitterarmen Familie entstammt und nie eine höhere Schule besucht hat, ist der erste indigene Staats- und Regierungschef des Landes. Nur wenige Wochen später gewann die Sozialistin Michelle Bachelet an der Spitze des regierenden Mitte-Links-Bündnisses die Stichwahl um die Präsidentschaft in Chile. Die Tochter eines Opfers der Pinochet-Diktatur (1973-1989) übernahm die Amtsschärpe von ihrem ebenfalls sozialistischen Vorgänger Ricardo Lagos (2000-2006). Im Oktober 2006 wurde dann der brasilianische Präsident Luiz Inácio „Lula“ da Silva von der brasilianischen Arbeiterpartei, wenn auch erst im zweiten Wahlgang, mit deutlicher Mehrheit wiedergewählt und trat im Januar 2007 seine zweite Amtszeit an. In Nicaragua kehrte

im gleichen Monat der Sandinist Daniel Ortega an die Macht zurück – fast 17 Jahre nach seiner historischen Wahlniederlage von 1990, welche die Revolutionszeit (1979-1990) beendet hatte. Nach seinem Wahlsieg des Jahres 1984 hatte der inzwischen 61-jährige Führer der „Sandinistischen Befreiungsfront“ dreimal glücklos für das Präsidentenamt kandidiert, bevor er im November 2006 wieder die Wahlen gewann. Ebenfalls im November ging der linke Wirtschaftsexperte Rafael Correa siegreich aus der Stichwahl um das Präsidentenamt im chronisch instabilen Ekuador hervor. Und schließlich wurde im Dezember 2006 noch Hugo Chávez, seit 1999 venezolanischer Präsident und selbsternanntes Schreckgespenst der Bush-Administration, mit überwältigender Mehrheit für weitere sechs Jahre gewählt. Chávez hat damit schon drei Präsidentschaftswahlen (1998, 2000, 2006) und ein Amtsenthebungsreferendum (2004) für sich entscheiden können.

Die Wahlerfolge im „Superwahljahr 2006“ ergänzen das Bild eines inzwischen mehrheitlich linksregierten Subkontinentes. So ist in Argentinien bereits seit 2003 der Linkspersonist Néstor Kirchner an der Macht, der trotz seines dürftigen Wahlergebnisses inzwischen eine große Popularität genießt. In Pana-

Die Wahlerfolge im „Superwahljahr 2006“ ergänzen das Bild eines inzwischen mehrheitlich linksregierten Subkontinentes

ma wurde 2004 Martín Torrijos mit einer sozialdemokratischen Agenda zum Präsidenten gewählt, und im gleichen Jahr erzielten Tabaré Vázquez und sein bunt gemischtes Linksbündnis in Uruguay einen historischen Wahlsieg. Schließlich gibt es noch Präsidenten, deren Parteien in einer sozialdemokratischen Tradition stehen, obwohl sie eher in der politischen Mitte agieren. Darunter fallen die Regierungen des Friedensnobelpreisträgers Oscar Arias in Costa Rica und des peruanischen Präsidenten Alan García, der bereits von 1985 bis 1990 das Land (desaströs) regierte und 2006 gegen den Linksnationalisten und ehemaligen Oberstleutnant Ollante Humala die Stichwahl gewann.

Nur Mexiko, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien und Paraguay werden von Mitte-Rechtsregierungen regiert. In den beiden erst genannten Ländern finden sich aber immerhin starke Linksparteien: In El Salvador liegt das ehemalige Guerilla-Bündnis FMLN, das 1994 erstmals an Wahlen teilnahm, seit vier Legislaturperioden bei Parlamentswahlen ungefähr gleichauf mit der rechten Regierungspartei ARENA. Bei den Parlamentswahlen 2006 erhielten beide Parteien jeweils knapp 40% der Stimmen. In Mexiko unterlag der Linkspopulist Andrés Manuel López Obrador von der Partei der Demokratischen Revolution 2006 in einem „Wahlkrimi“ nur hauchdünn dem konservativen Kandidaten Felipe Calderón. Auch nach der Bestätigung des Wahlergebnisses durch das Oberste Wahlgericht erkannte López Obrador die Wahlen allerdings nicht an und rief zu Straßenprotesten auf.

### Links oder rechts – mehr als sinnentleerte Worthülsen?

Was heißt es aber, politisch „links“ in Lateinamerika zu stehen? Macht eine solche Verortung heute noch Sinn? Die weltpolitischen Umbrüche seit 1989 haben die Unterscheidung von linker und rechter

Politik auf dem Subkontinent nicht obsolet werden lassen. Die Linke in Lateinamerika kann auf eine lange und vielfältige Tradition mit eigenen Leitfiguren, Schlüsselereignissen, Erfahrungen, Ideen und Symbolen zurückgreifen, an die sich auch unter veränderten Bedingungen mit neuen Bezügen anknüpfen lässt. Ohnehin ist das Gleichheitsideal in Lateinamerika nach wie vor ein aussagekräftiges Unterscheidungsmerkmal linker und rechter Politik im Sinne von Norberto Bobbio (2006). Sehr vereinfacht gesagt, orientiert sich die heterogene politische Linke stärker an dem Ideal der Gleichheit als die politische Rechte und nimmt den Staat und die Politik stärker in die Pflicht, die soziale Ungleichheit und die Armut zu überwinden. Obwohl inzwischen auch konservative Autoren und Politiker allenthalben die Lösung sozialer Probleme für Lateinamerika anmahnen, bestehen doch Unterschiede hinsichtlich der Akzeptanz und der Bewertung der ausgeprägten sozialen Ungleichheiten in der Region und der Strategien zu ihrer Überwindung. Pointiert ausgedrückt: „Für die Linke ist die Vorstellung der sozialen Ungleichheit stärker an die Vorstellung der sozialen Ungerechtigkeit gekoppelt, als dies für die Rechte der Fall ist“ (Schneuzger 2004: 10).

Dabei stellt sich der Einsatz für soziale Gerechtigkeit in Lateinamerika nicht nur als Kampf um materielle Ressourcen dar, sondern auch als ein Kampf um politische und gesellschaftliche Teilhabe sowie als Kampf gegen Fremdbestimmung, kulturelle Beherrschung und gesellschaftliche Diskriminierung. Die Frage der sozialen Gerechtigkeit beschränkt sich also nicht nur auf die sozioökonomischen Dimensionen der Ungleichheit, sondern zielt allgemein auf die Überwindung politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Ausgrenzung, Benachteiligung und Entwürdigung ab, von denen gerade ärmere und indigene Bevölkerungsschichten betroffen sind. Das Erstarken sozialer – in der Andenregion gerade auch indigener – Bewegun-

gen hat hier den Aufschwung der Linken maßgeblich befördert. Genährt wurde er durch die weit verbreitete Kritik an den in den 1980er und 1990er Jahren verfolgten neoliberalen Wirtschaftspolitiken in der Region, welche die historisch gewachsene soziale Misere verschärften oder zumindest verstetigten, sowie durch die Kritik an der oligarchischen Verkrustung der gesellschaftspolitischen Herrschaftsverhältnisse, welche durch die Funktions- und Repräsentationsschwäche demokratischer Institutionen und Parteien aufrecht erhalten werden. Hinzu kommt eine kritische bis ablehnende Grundhaltung gegenüber den USA, die den Subkontinent traditionell als ihren „Hinterhof“ und ihren legitimen Einflussbereich betrachten. Die außenpolitischen und wirtschaftsliberalen Initiativen der US-Regierung für die Region stoßen mehrheitlich auf Ablehnung unter der politischen Linken.

Schon ein erster, oberflächlicher Blick auf die Linksregierungen verdeutlicht allerdings, dass die Linke in Lateinamerika keine Einheit bildet und kein klares, gemeinsames Profil aufweist. Sehr vereinfacht lassen sich zwei Gruppen unterscheiden, die gemäß der lateinamerikanischen Farbenlehre als „rosa“ und „rot“ bezeichnet werden: Auf der einen Seite sind hier die eher gemäßigten und pragmatischen Linksregierungen etwa in Argentinien, Brasilien, Chile, Panama und Uruguay zu nennen. Bei allen Unterschieden im Detail versuchen sie im Rahmen der repräsentativ-demokratischen Institutionen den Spagat zwischen wirtschaftlicher Stabilisierung und sozialem Ausgleich zu meistern. Am stärksten setzt hierbei das seit 1990 regierende Mitte-Links-Bündnis in Chile auf die Vorzüge der Marktwirtschaft, des Freihandels und der Weltmarktanbindung, wobei es dort zugleich gelang, die Armut signifikant zu verringern. Andere Linksregierungen sind weitaus markt- und globalisierungskritischer.

Auf der anderen Seite stehen die links-nationalistischen Populisten in Venezuela, Bolivien und Ecuador, die

mit scharfer anti-imperialistischer und anti-kapitalistischer Rhetorik auffahren, nicht vor Verstaatlichungen zurückschrecken, umfangreiche Sozialprogramme auflegen und einen Umbau der politischen Ordnung anstreben. Dieser Gruppe lässt sich eigentlich auch Nicaragua zuordnen. Tief versunken in Korruption und Vetternwirtschaft, ist aber dort nicht mehr viel übrig von den revolutionären Idealen. Daniel Ortega ist sich selbst Programm genug. Bei einem mittlerweile entspannten Verhältnis der lateinamerikanischen Regierungen zu Castros Kuba suchen gerade die Präsidenten des „roten Bogens“ zudem demonstrativ den Schulterchluss mit dem schwer erkrankten „*máximo líder*“ in Kuba – ganz zum Missfallen der Bush-Administration.

Knapp 30 Jahre nach der Wiedergeburt der liberal-repräsentativen Demokratie in Lateinamerika, fragen sich nicht nur konservative Beobachter angesichts von Linkspopulisten à la Chávez, ob mit dem Linksrutsch in einigen Ländern auch eine autoritäre Wende eingeleitet wurde.

Die Linke in Lateinamerika bildet keine Einheit und weist kein klares, gemeinsames Profil auf.

## Das Verhältnis der politischen Linken zur Demokratie

In Lateinamerika konkurriert ein enges, politisch-prozessuales Verständnis von Demokratie mit einem weiteren, substanziellen Verständnis von Demokratie. Dementsprechend stehen politische und soziale Demokratievorstellungen in der Region in einem latenten oder manifesten Spannungsverhältnis. Die „formale“, „bürgerliche“ Demokratie und ihre Spielregeln wurden traditionell von Teilen der politischen Linken gering geschätzt oder allenfalls instrumentell betrachtet. In bestimmten Phasen der politischen Geschichte wurden sie sogar abgelehnt. Die Erfahrungen mit den repressiven Diktaturen und den Bürgerkriegen der jüngeren Vergangenheit führten allerdings zu einer Neubewertung der politischen Demokra-

tie in den betroffenen Ländern – gerade auch seitens der politischen Linken, die besonders unter der Repression gelitten hatte. Zwar erhoben sich nach den (Re-) Demokratisierungsprozessen der 1980er und 1990er Jahre schon bald wieder kritische Stimmen gegenüber der liberalen Demokratie, die auf dem Subkontinent fast flächendeckend (wieder) errichtet worden war. Allzu offenkundig waren und sind die Funktionsschwächen der demokratischen Institutionen und der politischen Parteien sowie deren beschränkte Fähigkeiten, unter zugegebenermaßen schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen die vielfältigen sozialen Probleme in der Region zu meistern. Gerade die neoliberalen Wirtschaftspolitiken gerieten in offenen Widerspruch zu einem an sozialer Gerechtigkeit orientierten Demokratieverständnis. Doch stützt die reformistische Linke in Lateinamerika mehrheitlich noch fest und glaubwürdig die demokratische politische Ordnung. Selbst ernste institutionelle Krisen wurden, wenn auch mitunter am Rande der Verfassung, gemeistert.

Die Schwäche und Verkrustung der etablierten Politik und die Härten neoliberaler Wirtschaftspolitiken haben in den vergangenen Jahren aber nicht nur zum Erstarken einer demokratischen politischen Linken bei Wahlen beigetragen. Sie haben in etlichen Ländern auch zu einem massiven Anwachsen sozialer Protestbewegungen geführt. Das erstarkte Selbstbewusstsein marginalisierter und indigener Gesellschaftsschichten ist aus demokratietheoretischer Sicht im Prinzip zu begrüßen, nehmen diese doch mit dem Stimmzettel und über Proteste die politische Klasse in die Pflicht, die Sorgen und Nöte großer Bevölkerungsteile ernst zu nehmen und auch sozial verantwortlich zu regieren. Problematisch wird dies allerdings dann, wenn die politischen Institutionen zu schwach sind, um unter den gegebenen sozioökonomischen Bedingungen den gesellschaftspolitischen Forderungen gerecht zu werden. Gewaltsame Proteste führten in den vergangenen Jahren mehrfach zum Sturz lateinamerikani-

scher Präsidenten (umgangssprachlich: „Volksputsch“). Zugleich begünstigt der soziale Unmut das Aufkommen von Linkspopulisten, die sich an die Spitze von Massenbewegungen setzen und in demokratischen Wahlen wählen lassen, aber eine Politik der „Anti-Politik“ betreiben, die oft von einer Geringschätzung oder Missachtung der etablierten politischen Institutionen, Parteien und Politikern geprägt ist. Die Rückkehr der Politik „auf die Straße“ und das Wiedererstarken des Populismus stellen in diesem Sinne große politische Herausforderung für die Demokratien in Lateinamerika dar.

Vor allem Hugo Chávez in Venezuela bereitet liberalen Demokraten hier seit einigen Jahren Sorgen. Gegen den Widerstand der konservativen (ebenfalls nicht immer demokratisch agierenden) Opposition gelang es Chávez rasch nach seinem Wahlsieg 1998 über Volksabstimmungen, Wahlen zu einer Verfassunggebenden Versammlung und der Verabschiedung einer neuen, per Referendum angenommenen Verfassung, dem Parlament zentrale Gestaltungs- und Kontrollfunktionen zu entziehen, auf Kosten rechtsstaatlicher und gewaltenteilender Prinzipien seine Macht auszubauen und sein Projekt einer „Bolivarischen Revolution“ auf den Weg zu bringen. Infolge seines schillernden Charismas und umfangreicher, erdölfinanzierter Sozialprogramme wurde und wird er hierbei gerade von ärmeren Bevölkerungsschichten unterstützt. Chávez gewann nicht nur die Neuwahlen des Jahres 2000 auf Grundlage der neuen Verfassung, sondern überlebte auch einen Putsch (2002), einen zweimonatigen Generalstreik (2002/2003) sowie ein von der Opposition angestregtes Amtsenthebungsreferendum (2004). Seit dem fragwürdigen Wahlboykott der Opposition (2005) verfügt er auch über ein gänzlich willfähiges Parlament. In dem Wahlsieg des Jahres 2006 sieht Chávez nun ein Mandat, in dem hochpolarisierten Land seine bolivarianische Revolution in einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ überzuführen. Zu diesem

Hugo Chávez in Venezuela bereitet liberalen Demokraten Sorgen.

Die reformistische Linke in Lateinamerika stützt mehrheitlich die demokratische politische Ordnung.

Zweck hat er sich vom Parlament weitere Sondervollmachten übertragen lassen, um eigenständig per Dekret regieren und den Energiesektor sowie die größte Telekommunikationsgesellschaft verstaatlichen zu können. Auch plant er eine Verfassungsreform, die ihm die erneute Wiederwahl in sechs Jahren ermöglichen soll. Trotz aller Legitimation durch Wahlen und Referenden sind autoritäre Tendenzen offenkundig.

Es bleibt abzuwarten, ob und inwieweit auch Evo Morales in Bolivien und Rafael Correa in Ecuador auf den Spuren von Chávez wandeln werden. In den hoch mobilisierten Gesellschaften der beiden instabilen Länder ließen sich sowohl Morales als auch Correa nach ihrem Amtsantritt alsbald auf Macht- und Verteilungskämpfe mit ihren politischen Gegnern ein und leiteten die Umgestaltung von Politik und Wirtschaft ein, welche die Opposition innerhalb wie außerhalb des Parlaments auf den Plan rief. In Bolivien trat im August 2006 eine – freilich durch Verfahrensstreitigkeiten blockierte – Verfassungsgebende Versammlung zusammen. Zudem stellte Morales bereits öffentliche Überlegungen an, 2008 Neuwahlen durchzuführen und sich dann – wie Chávez 2000 – für eine „erste Amtszeit“ auf neuer Verfassungsgrundlage wählen zu lassen, was ihm trotz des Wiederwahlverbots nach zwei Amtsperioden nach seiner Lesart erlauben würde, 2012 nochmals zu kandidieren. Wirtschaftspolitisch leitete Morales inzwischen die weitgehende Verstaatlichung des Erdöl- und Erdgassektors ein. Auch in Ecuador fand bereits eine Volksabstimmung statt, um eine Verfassungsreform auf den Weg zu bringen und eine Verfassungsgebende Versammlung wählen zu lassen. Zudem kündigte Correa radikale Reformen an, um den Reichtum zugunsten der Armen umzuverteilen.

Festzuhalten ist, dass sowohl die „rosa-farbenen“ als auch die „roten“ Präsidenten Lateinamerikas über eine solide demokratische Legitimation durch inter-

national anerkannte Wahlen verfügen. Zu prüfen bleibt freilich, wie sie mit ihrer Macht und den demokratischen Institutionen umgehen. Neopopulistische Praktiken linker wie auch rechter Politiker bieten hier ebenso Gefahren wie die Korruption und die Gleichgültigkeit mancher etablierter Politiker gegenüber den sozialen Anliegen breiter Bevölkerungsschichten. Bei einer wachsenden gesellschaftspolitischen Mobilisierung ist es unabdingbar, dass im Rahmen der politischen Demokratie die oligarchischen Verkrustungen der Herrschaftsverhältnisse aufgebrochen und die vielfältigen sozialen Probleme angegangen werden. In der Krise liegt so betrachtet auch eine Chance, die Qualität der Demokratie zu verbessern und das Regieren sozialverantwortlich zu gestalten.

## Literatur

- Bendel, Petra/ Krennerich, Michael (Hrsg.) 2002: Soziale Ungerechtigkeit. Analysen zu Lateinamerika, Frankfurt/M.
- Bobbio, Norberto 2006: Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin.
- Diehl, Oliver/ Muno, Wolfgang (Hrsg.) 2005: Venezuela unter Chávez – Aufbruch oder Niedergang?, Hamburg.
- Krennerich, Michael 2003: Demokratie in Lateinamerika. Eine Bestandsaufnahme nach der Wiedergeburt vor 25 Jahren, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38-39, S. 6-13.
- Nohlen, Dieter (ed.) 2005: Elections in the Americas, 2 Bde., Oxford.
- Nohlen, Dieter et al. (comp.) 2007: Tratado de derecho electoral comparado de América Latina, Mexiko.
- Scheuzger, Stephan 2004: „What is left?“ Zur historischen Entwicklung und gegenwärtigen Situation der Linken in Lateinamerika, in: Bodemer, Klaus et al. (Hrsg.): Lateinamerika Jahrbuch 2004, Frankfurt/M., S. 9-39.
- Periodika, verschiedene Ausgaben: GIGA-Fokus, ILA, KAS-Auslandsinformationen, Lateinamerika-Analysen, Lateinamerika-Nachrichten, Nueva Sociedad, SWP-Aktuell.

## Präsidenten und Präsidentschaftswahlen in Lateinamerika

Land	Amtsinhaber	Wahl- datum	Ergebnis (in %)	Partei oder Wahlbündnis
Argentinien	Néstor Kirchner	28.04.2003	22,2 (1)*	Alianza Frente para la Victoria
Bolivien	Evo Morales	18.12.2005	53,7	Movimiento al Socialismo
Brasilien	„Lula“ da Silva	01.10.2006	48,6 (1)	Partido dos Trabalhadores (und verbündete Parteien)
		29.10.2006	60,8 (2)	
Chile	Michelle Bachelet	11.12.2005	46,0 (1)	Concertación de Partidos por la Democracia
		15.01.2006	53,7 (2)	
Costa Rica	Oscar Arias	05.02.2005	40,9	Partido Liberal Nacional
Dom Rep.	Leonel Fernández	16.05.2004	57,1	Partido de la Liberación Dominicana
Ecuador	Rafael Correa	15.10.2006	22,8 (1)	Partido Socialista – Frente Amplio/ Alianza País
		26.11.2006	56,7 (2)	
El Salvador	Elías Antonio Saca	21.03.2004	57,7	Alianza Republicana Nacionalista
Guatemala	Óscar Berger	09.11.2003	34,3 (1)	Partido Patriota, Movimiento Reformador, Partido Solidaridad Nacional
		28.12.2003	54,1 (2)	
Honduras	Manuel Zelaya	27.11.2005	49,9	Partido Liberal
Kolumbien	Álvaro Uribe	28.05.2006	62,2	Primero Colombia
Mexiko	Felipe Calderón	02.07.2006	35,9	Partido Acción Nacional
Nicaragua	Daniel Ortega	05.11.2006	38,0	Frente Sandinista de Liberación Nacional
Panama	Martín Torrijos	02.05.2004	47,4	Patria Nueva (Partido Revolucionario Democrático, Partido Popular)
Paraguay	Nicanor Duarte Frutos	27.04.2003	38,3	Asociación Nacional Republicana – Partido Colorado
Peru	Alan García	09.04.2006	24,3 (1)	Partido Aprista Peruano
		04.06.2006	52,6 (2)	
Uruguay	Tabaré Vázquez	31.10.2004	50,4	Encuentro Progresista – Frente Amplio
Venezuela	Hugo Chávez	03.12.2006	62,8	Movimiento Quinta República (und andere Parteien)

Anmerkung: Abhängig vom Wahlsystem und Wahlergebnis findet mitunter ein zweiter Wahlgang (Stichwahl) statt. Die beiden Wahlgänge sind mit (1) und (2) gekennzeichnet.

\* In Argentinien verzichtete Carlos Menem, der Gegenkandidat von Kirchner, 2003 auf einen zweiten Wahlgang, so dass Kirchner Präsident wurde.

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf Grundlage verschiedener Quellen.